



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

Durch Strukturreformen zu neuem Wachstum in Europa Regierungserklärung der Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Industrienationen aufgefordert, stärker daran zu arbeiten, ihre Schuldenberge abzutragen.

In einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am Donnerstag nannte die Kanzlerin den Abbau der Staatsverschuldung und die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung als wichtige Ziele, die sie auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrieländer ansprechen werde. Am 18. und 19. Mai treffen sich die G-8-Staats- und Regierungschef auf Einladung von US-Präsident Barack Obama in Camp David.

Merkel unterstrich erneut, dass es kein Wundermittel zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise gebe. Vielmehr sei die Haushaltskonsolidierung ein anstrengender Prozess, der an den Ursachen ansetzen müsse. Dazu gehöre, die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Staaten zu verbessern.

Der Abbau der Verschuldung und die Stärkung von Wachstum seien die beiden Säulen, mit denen die Staatsschuldenkrise überwunden werden müsse, sagte Merkel. Notwendig sei ein „Wachstum durch Strukturreformen“. Aber ein „Wachstum auf Pump, das würde uns wieder genau an den Anfang der Krise zurückwerfen“, so die Kanzlerin. Sie werde in Camp David auch deutlich machen, „die Überwindung der Staatsschuldenkrise in Europa kann nicht über Nacht erfolgen“. Diese werde nur gelingen, „wenn wir bei den Ursachen ansetzen: Das sind die horrende Verschuldung und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit mancher Länder in Europa“.

Der Unionsfraktionsvorsitzende Volker Kauder warnte vor „schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen“ in Europa. Der Fiskalpakt, der die 25 Unterzeichnerländer zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichte, dürfe nicht „weichgespült“ werden. Kauder bekräftigte seine Forderung, dass der europäische Stabilitätsmechanismus ESM und der Fiskalpakt gemeinsam im Bundestag beschlossen werden sollen.

Handelshemmnisse abbauen

Zur Ankurbelung des Wachstums riet Merkel der Gruppe der 20, zu denen neben den Industrieländern auch die wichtigsten Schwellenländer gehören, Handelshemmnisse abzubauen. Freier Handel und offene Weltmärkte seien die Grundlage für ein tragfähiges Wachstum, betonte sie. Leider gebe es aber weltweit derzeit viele Tendenzen, neue Handelsschranken aufzubauen, um so vermeintlich die eigene Wirtschaft zu schützen. Die Chefs der G-20-Staaten treffen sich Mitte Juni in Mexiko.

NATO: Garant für Frieden und Freiheit

Unmittelbar im Anschluss an das G-8-Treffen findet in Chicago der NATO-Gipfel statt. Die transatlantische Allianz wird dort über den Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan beraten. Merkel steht zur vereinbarten Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Kräfte, wie sie bekräftigte. Schon heute werde mehr als die Hälfte des Landes von einheimischen Kräften kontrolliert. Bis Ende 2014 sollen sich alle internationalen Kampftruppen zurückgezogen haben. Die Bundesregierung stehe zu dem Motto: „Zusammen hinein, zusammen hinaus.“ Auch nach dem Abzug werde sich Deutschland in Afghanistan engagieren, versprach sie.

Gewerbesteuereinnahmen erstmals seit 2008 auf Vorkrisen-Niveau

Die am Donnerstag veröffentlichte Steuerschätzung geht für die Kommunen in diesem Jahr von Mehreinnahmen von 3,9 Mrd. Euro aus. Die Gewerbesteuereinnahmen werden damit erstmals das Vorkrisen-Niveau von 2008 übersteigen.

EU-geführte Operation Atalanta

Der Bundestag stimmte gestern mit der Mehrheit der Koalition für eine Fortsetzung des Anti-Piraten-Einsatzes vor der somalischen Küste. Zugleich wird der Einsatz ausgeweitet und auch die Küste in das Operationsgebiet einbezogen. Bislang mussten beispielsweise Hubschrauber, die fliehende Piraten verfolgten, abdrehen, sobald diese die Küste erreichten. Auch Treibstofflager am Strand durften nicht zerstört werden. Daher beschloss die EU, die den Einsatz trägt, einstimmig diese Ausweitung des Einsatzgebietes. Erstmals in der Geschichte der Auslandseinsätze der Bundeswehr stimmte die SPD gestern mit „Nein“. In einer knappen Kampfabstimmung hatten sich die Gegner des Einsatzes gegen Fraktionschef Steinmeier durchgesetzt.

Eltern von „Sternenkindern“ wurde geholfen

Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm tot zur Welt kommen, werden „Sternenkinder“ genannt. Für diese Kinder sieht das geltende Recht keine personenstandsrechtliche Registrierung vor. Sie gelten als Fehlgeburten, für die es bislang keine Möglichkeit eines amtlichen Existenznachweises gibt. Die Eltern können ihrem Kind offiziell keinen Namen geben. Dies soll sich nach einem Vorschlag von Familienministerin Schröder künftig ändern. Damit wird den Eltern auch die Bestattung ihres Kindes erleichtert, die oft aufgrund der fehlenden Personenstandsbescheinigung verweigert wurde.

Elterngeld wird künftig schneller ausgezahlt

Das Elterngeld, eine der erfolgreichsten familienpolitischen Leistungen, wird künftig einfacher berechnet, beispielsweise durch die Umstellung auf Pauschalen bei Steuern und Abgaben. Der Aufwand wird von bislang 96 Eingaben auf lediglich 16 Eingaben reduziert. Die vereinfachte

Handhabung vermindert Rückfragen und beschleunigt damit Bearbeitungszeiten. Besonders Selbständige profitieren von der Novellierung. Für sie wird der Nachweis ihres Einkommens erleichtert.

Benzinpreise – die Koalition handelt

In dieser Woche hat das Kabinett die Einrichtung einer sog. „Markttransparenzstelle“ für Kraftstoffe, Strom und Gas beschlossen. Damit kam es einer Forderung der Unionsfraktion aus dem letzten Jahr nach. Ziel ist es, gegen die für die Verbraucher schädlichen ständig wechselnden Preisfestsetzungen der Mineralölkonzerne vorzugehen“. Seit Jahren ärgern sich die Verbraucher über die massiven Preisschwankungen und vor allem über oft nicht mit den aktuellen Börsenkursen erklärbaren Preiserhöhungen bei Gas, Strom und noch gravierender bei Kraftstoffen. Auch das Bundeskartellamt hat offiziell ein abgestimmtes Preissetzungsmuster der fünf großen Anbieter festgestellt.

Niedrigste Arbeitslosenzahlen in Deutschland seit 20 Jahren

Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im April wieder unter 3 Millionen gesunken. Demnach waren im April noch 2.963 Millionen Menschen erwerbslos. Dies entspricht einem Rückgang von 65.000 Personen im Vergleich zum Vormonat. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Erwerbslosen um 115.000 zurück. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 7 %. Vor einem Jahr lag die Arbeitslosenquote im April noch bei 7,3 %. Auch die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen lag weiterhin auf dem niedrigsten Niveau seit der Wiedervereinigung. Zugleich nimmt die Zahl sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in allen Bundesländern und in den meisten Branchen zu. Ebenfalls liegt die Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin auf hohem Niveau. Im April belief sich der Bestand an gemeldeten offenen Stellen auf 499.000, mithin 38.000 mehr als im Vorjahr. Besonders gesucht sind derzeit Fachleute in den Bereichen Mechatronik, Elektro, Energie, Metall, Maschinen- und Fahrzeugbau, Logistik, Gesundheit und Tourismus.